



Von Michael Donnermeyer

An jeder Laterne ist es zu sehen: Wenn sie hängen, wird gewählt. Vier bis fünf untereinander – Plakat über Plakat. Spätestens dann weiß jeder: Es ist Wahlkampf – Zeit der Entscheidung, Zeit der Alternativen, Zeit der Mobilisierung. Am 18. September werden in Berlin für fünf Jahre das Abgeordnetenhaus und die 12 Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Für das Landesparlament treten insgesamt 21 Parteien an, die sich um die mindestens 130 Sitze bewerben.

Derzeit sind fünf Parteien im Parlament vertreten. Nach der Wahl könnten es durchaus mehr werden, die Umfrage-Institute sind sich so unsicher wie nie. Nur eines ist schon jetzt klar: Eine absolute Mehrheit wird keine Partei erringen, diese Zeiten sind in Berlin schon lange vorbei. Ein Zeichen von Demokratie und Vielfalt, aber auch von Ansprüchen an die Parteien, mit diesem Wahlergebnis umzugehen. Und umgekehrt an das Wahlvolk, das zunehmend auch taktisch wählt: Was passiert mit meiner Stimme, geht „meine“ Partei auch die Koalition ein, die mir gefällt, oder „entführt“ sie meine Stimme in ein nicht gewünschtes Bündnis?

Dafür ist dann Wahlkampf da: Unterschiede aufzeigen, Inhalte klar machen und Koalitionsaussagen treffen. „Ich mache Wahlkampf zuerst für mich und meine Partei“, sagt SPD-Kandidatin Astrid Hollmann, die in der Rosenthaler Vorstadt antritt. „Das geht über unsere Inhalte – Wohnen, Arbeit und Sicherheit.“ Aber sie bleibt auch auf die Koalitionsfrage die Antwort nicht schuldig: Die SPD könne mit allen demokratischen Parteien regieren, nur mit einer schließt sie ein Bündnis kategorisch aus: mit der AfD. Das tun Grüne, FDP, CDU, Piraten und Linkspartei auch – zumindest da herrscht einheitlich klare Kante. In allen anderen Fragen gilt der demokratische Wettbewerb.

Das Rennen ist offen, die Umfrageinstitute signalisieren sehr unterschiedliche Ergebnisse. Insofern ist es spannend bis zum Schluss. Zur interessanten Koalitionsfrage lässt Astrid Hollmann immerhin noch so viel blicken: „Ich finde eine Zweier-Lösung immer besser als eine Regierung mit drei Parteien, aber das entscheiden am Ende die

Rennen um die Gunst der Wählerinnen und Wähler

Am 18. September werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung gewählt



Sichtlich überrascht schaut der CDU-Spitzenkandidat und Direktkandidat in der Rosenthaler Vorstadt, Frank Henkel, als ihn SPD-Wahlkreis-Konkurrentin Astrid Hollmann mit SPD-Ballons umstellt. Eine Feier der Großen Koalition stellte er sich darunter offenbar nicht vor, dazu läuft die Koalitionsdebatte im Wahlkampf auch zu kontrovers. Henkel nahm die Aktion aber sportlich auf. In den sozialen Medien machte die Sache schnell die fröhliche Runde: Wahlkampf kann auch Spaß machen – also: Lachen bitte! Foto: Martina Matischok-Yesilcimen

Wählerinnen und Wähler.“ Dass ihr eine Koalition mit den Grünen nicht so fern steht, merkt man sofort, aber das ist erst ein Thema ab dem 18. September 2016. Bis dahin ist die Obergüne ihre härteste Gegnerin. Spitzenkandidatin Ramona Pop ist die Titelverteidigerin im Wahlkreis 1 in Mitte, den ihr Astrid Hollmann liebend gern streitig machen würde.

Dafür strampelt sie sich im wahren Sinn des Wortes ab: Mit ihrem eigens für den Wahlkampf gebauten Fahrrad ist sie ein rollender Infostand; überall präsent, ob vor der Ackerhalle, dem Nordbahnhof oder dem Arkonaplatz. „Meine Gegenkandidaten kommen mit dem Dienstwagen, ich mit

dem Fahrrad“, sagt sie mit Blick auf das zweite Schwergewicht, gegen das sie antritt: Frank Henkel, Innensenator und CDU-Spitzenkandidat. „Das ist David gegen Goliath, das gefällt mir schon, denn die haben vielleicht mehr Erfahrung, aber ich habe mehr Zeit und mehr Nähe zum Kiez.“

In der jetzt beginnenden heißen Phase findet der Wahlkampf nicht mehr im Saale statt, sondern auf der Straße und vor den Haustüren. „Früher dachte ich, man sollte die Leute nicht an der Haustür behelligen, aber meine Erfahrung ist jetzt ganz anders. Viele sind freundlich und freuen sich, dass man sich blicken lässt. Und wer nicht mit mir sprechen

will, auch gut, dann gehe ich eben eine Tür weiter“, berichtet Hollmann.

Dabei begegnet man auch den Gegenkandidaten. „Das ist immer ganz lustig, man kennt sich, das hat ein bisschen was von sportlichem Wettbewerb.“ Außer mit der AfD – da hört der Spaß auf. „Natürlich haben wir lange darüber gesprochen, wie wir am besten mit denen umgehen. Ignorieren geht ja nicht, wäre auch blöd. Also machen wir das so, wie es sich für gute Demokraten gehört: Argumentieren und öffentlich deutlich machen, wer die besseren Lösungen hat. Dann wird ganz schnell klar, dass die einfachen Antworten nichts taugen und Frust noch kein Konzept ist.“



AUF
EIN
WORT

LIEBE NACHBARINNEN UND NACHBARN,

wenn man heute durch unseren Kiez geht, kann man den Wandel spüren. Man hört viele Sprachen und Dialekte aus allen Regionen Deutschlands, Europas und der Welt. Berlin ist im letzten Jahrzehnt zu einer wirklichen Weltstadt geworden. Viele Neu-Berliner kommen als dringend benötigte Fachkräfte in die Stadt. Auch die Tourismuszahlen sprechen eine deutliche Sprache: Die Zahl der Übernachtungen pro Jahr sind von 7 Millionen im Jahr 1993 auf über 30 Millionen im Jahr 2015 gestiegen. Knapp 40 Prozent der Gäste kamen aus dem Ausland, 1993 waren es gerade mal 24 Prozent. Berlins Weltoffenheit ist nicht nur eine Haltung; sie ist zum Geschäftsmodell geworden.

Darüber hinaus kommen etliche Asyl- und Schutzsuchende nach Berlin, viele werden nach Abschluss ihrer Verfahren bleiben. Eine schnelle Integration in Arbeit und Ausbildung ist gut für diese Menschen und für unsere Stadt.

Dieser Wandel ist nicht zum Nulltarif zu haben: Die Stärkung unserer Polizei, der Bau von bezahlbarem Wohnraum, die Sanierung und der Ausbau unserer Schulen und Kindergärten, die Schaffung einer effizienteren Verwaltung sowie die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Voraussetzungen, um die wachsende Stadt erfolgreich zu gestalten. Bei der Finanzierung dieser Aufgaben hilft auch die gute wirtschaftliche Entwicklung: Seit 2005 wurden in Berlin ca. 300.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen.

Verantwortungsvolle Politik setzt auf das Miteinander. Sie begreift die Gestaltung der Stadtgesellschaft als gemeinsames Projekt aller Einwohner. Sie fordert von jedem die Einhaltung der Gesetze und die Anerkennung unserer Verfassungsordnung. Sie fördert die Teilhabe aller.

Mit Ihrer Wählerstimme werden Sie über die Zukunft Berlins entscheiden: Gestalten wir den Wandel miteinander oder fallen wir in längst überkommen geglaubte Muster des Gegeneinanders und der Ausgrenzung zurück. Sie haben die Wahl!

Mit besten Grüßen

Dr. Martin Vogt
Vorsitzender SPD Rosenthaler Vorstadt

INTERVIEW

Fünf Fragen an den Präsidenten

Ralf Wieland zur Abgeordnetenhauswahl: „Jede Stimme zählt in der Demokratie“

Ralf Wieland (59) ist seit fünf Jahren Präsident des Abgeordnetenhauses und damit protokollarisch „Erster Berliner“. Er gehört dem Parlament seit dem Jahr 1999 an, vertritt den Wedding Wahlkreis Soldiner Kiezer/Brunnenviertel/Gesundbrunnen und ist Mitglied der SPD. Der Rosenthaler befragt ihn als Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses zur Wahl:

Rosenthaler: Herr Wieland, warum sollen wir am 18. September wählen gehen?

Wieland: Immer wieder aus demselben Grund: Demokratie braucht Legitimation. Wir können im Abgeordnetenhaus nur dann kraftvoll wirken, wenn wir von möglichst vielen unterstützt werden. Je mehr Menschen wählen gehen, umso deutlicher spiegelt sich der politische Wille der gesamten Bevölkerung wieder.

Rosenthaler: Viele Wähler fragen sich, was ihre einzelne Stimme überhaupt

bewirken kann. Schließlich sind in Berlin schätzungsweise rund drei Millionen Menschen wahlberechtigt.

Wieland: Jede Stimme zählt in der Demokratie und entscheidet mit. In Berlin kandidieren viele demokratische Parteien, aus denen man auswählen



Foto: SPD Berlin/Joachim Gern

kann und die sehr unterschiedliche Angebote machen. Da findet sich sicher für jeden was. Und umgekehrt gilt: Wer nicht selbst entscheidet, über den wird entschieden.

Rosenthaler: Über was entscheidet das Parlament hier in Berlin denn eigentlich?

Wieland: Über das Wichtigste: nämlich die Verteilung des Geldes. Der Haushalt ist das „Königsrecht des Parlaments“ und hier wird jede Ausgabe des Landes beschlossen und geprüft. Der Haushaltsplan hat über tausend Seiten, die Jahr für Jahr im Parlament durchgeackert werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Kontrolle des Senats. Die Regierung muss hier regelmäßig die kritischen Fragen der Abgeordneten beantworten. Ich kann nur jedem empfehlen, sich einmal die Fragestunde anzuhören oder im Internet anzuschauen – da kommt gelegentlich ein Senator schon mal ins Schwitzen.

Wir machen die Gesetze des Landes – zum Beispiel über die Schulen, die Polizei, den Verkehr, die Hochschulen – das betrifft alle Lebensbereiche.

Rosenthaler: Und was wird aus Ihrer Sicht in den nächsten fünf Jahren wichtig?

Wieland: Das Wachstum der Stadt steuern. Wir werden jedes Jahr 50.000 Berlinerinnen und Berliner mehr, da stehen viele Fragen auf der Tagesordnung: Wohnungsbau, Schulentwicklung, Integration der Menschen, die aus Kriegsregionen zu uns geflüchtet sind, um nur ein paar zu nennen.

Rosenthaler: Wie wird über diese Fragen denn entschieden?

Wieland: Mit Mehrheiten. Und deswegen ist es auch so wichtig zur Wahl zu gehen. Denn mit der Zusammensetzung des Parlaments entscheiden die Menschen auch, in welche Richtung die Stadt sich entwickeln soll. Deshalb auch mein Appell: Die Wahl ist wichtig – gehen Sie hin!

GESAGT UND GEMEINT



NO, OUR MOTTO IS: WHEN THEY GO LOW WE GO HIGH.



MICHELLE OBAMA, FIRST LADY

Foto: Joyce N. Boghosian/White House

Rotes Fahrrad, rotes Sakko, rotes Buch – alles rot oder was? So scheint es, wenn man mit Astrid Hollmann in diesen Spätsommer tagen unterwegs ist. Eigentlich logisch, schließlich ist sie ja als Kandidatin für die SPD im Wahlkampf unterwegs. Deren Farbe ist nun mal rot.

Bei Astrid Hollmann ist es aber mehr als das. „Klar, das rote Fahrrad stand als Wahlwerbemittel von Anfang an fest, das passt zu mir, so bewege ich mich im Kiez und deswegen ist mein mobiler Wahlkampfstand eine ganz nahe liegende Idee,“ erzählt die SPD-Kandidatin.

Im Laufe des Wahlkampfes ist bei Hollmann aber ein neues Accessoire hinzugekommen: das rote Buch. „Mein Anspruch ist, mit den Leuten direkt ins Gespräch zu kommen, ihre Themen aufzunehmen und mich dann zu kümmern. Und damit ich nichts vergesse und keine Zettelwirtschaft anfangen, habe ich dieses Buch angelegt. Da kommt alles rein, was ich unterwegs höre. Namen, Zahlen, Daten, Fakten – und dann wird es abgearbeitet.“

Noch ist das Buch nicht voll – aber bis zum Ende des Wahlkampfes dürfte der Platz nicht reichen. Dann gibt es einen zweiten Band und wenn es nach Astrid Hollmann ginge, könnte daraus auch eine mehrjährige Reihe werden. Denn wenn sie ihr Ziel tatsächlich erreichen sollte und ins

Die Sache mit dem roten Buch



Abgeordnetenhaus einzieht, dann Arbeit. „Ich will mich darum kümmern, dass die Einträge im roten Buch immer abgearbeitet werden.“ Kai Mühlstädt

Impressum

V.i.S.d.P.:
Dr. Martin Vogt
SPD Rosenthaler Vorstadt
c/o Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe:
Michael Donnermeyer, Dr. Peter Fäßler,
Vera Morgenstern, Kai Mühlstädt, Birgit
Neumann

Kontakt:
www.der-rosenthaler.de
redaktion@der-rosenthaler.de

Layout:
Giorgio Visintainer, Detlef Eden,
Sascha Wendling

Satz:
Carolin Becker

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Auflage:
22.000 Exemplare

Verteilgebiet:
Gebiet des Wahlkreises I / Mitte

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom
01.12.2012.

KUNST UND KULTUR IM KIEZ

Das „ACUD macht neu“ in der Veteranenstraße

Mit einem offen gestalteten Nutzungskonzept bewahrte die Kulturinitiative eines der letzten autonomen Kulturzentren in Mitte vor der Schließung



Foto: Martin Vogt

Das ACUD in der Veteranenstraße gibt es seit mehr als 25 Jahren. Es ist eine Institution im Kiez. Dass es noch immer da ist, ist keine Selbstverständlichkeit. Wir haben einen Blick auf die bewegte Geschichte des Kunst- und Kulturhauses geworfen, das mittlerweile eines der letzten selbstverwalteten Kulturzentren in Mitte ist.

Die Geburtsstunde des ACUD ist das Jahr 1989, als es in einem besetzten Haus als autonome Galerie eröffnet wurde. Seit 1991 ist es am heutigen Standort in der Veteranenstraße 21 beheimatet. Zu Wendezeiten gab es viele derartige Projekte, mittlerweile haben sich die Zeiten geändert.

Der Wandel der Berliner Kunst- und Kulturszene ist in Mitte besonders prägnant zu beobachten. Schicke und teure Galerien gibt es mittlerweile en masse, die alternativen Kunst- und Kulturprojekte haben

es immer schwerer. Mit ihnen müssen sich auch die dahinter stehenden Kulturschaffenden in diesem Wandel behaupten.

Zwei von ihnen sind Julie Gayard und Johannes Braun. Beide gründeten 2014 die Initiative „ACUD macht neu“, um das Kulturzentrum zu retten, nachdem das ACUD im Jahr 2010 Insolvenz anmelden musste. Die Initiative ist ein Zusammenschluss von Kulturschaffenden, die das ACUD nach intensiven Verhandlungen letztlich übernahm und mit einer konzeptionellen Neuausrichtung vor der Schließung und so auch vor dem Verkauf des Grundstücks an meistbietende Immobilieninvestoren bewahrte.

In den Räumen werden heute disziplinübergreifende Projekte angestoßen, die sich im Spannungsfeld zwischen Kunst, Musik, Performance und digitalen Medien bewegen. Die unterschiedlich ausgestatteten Räumlichkeiten rund um den

Innenhof bieten entsprechende Möglichkeiten: Von Lesungen, Ausstellungen, Theatervorstellungen über Konzerte, Clubabende und private Partys bis hin zu politischen Diskussionsveranstaltungen finden hier Veranstaltungen aller Genres eine Anlaufstelle. Auch das Programm-Kino wird von den ursprünglichen Betreibern weitergeführt, einige Ateliers und Proberäume sind ebenfalls vorhanden.

Die verschiedenartige Nutzung ist Teil des bewusst offen gehaltenen Konzeptes, das Haus soll sowohl tagsüber als auch an Abenden mit Leben gefüllt sein. Auch die Nachbarschaft soll einbezogen werden – Begegnungsstätte und Ort für anspruchsvolle Kulturveranstaltungen und -projekte unter einem Dach. Ein tolles Konzept, das durch großartiges Engagement für einen einzigartigen Ort im Kiez sorgt.

Birgit Neumann

GESAGT UND GEMEINT



WIR KÖNNEN EINE GESELLSCHAFT SCHAFFEN, IN DER NICHT ZÄHLT, WOHER EINER KOMMT, SONDERN WER ER IST UND WOHIN ER GEHT.



JOACHIM GAUCK,
BUNDESPRÄSIDENT
Foto: Bundesregierung / Jesco Denzel

TERMINE * TERMINE * TERMINE * TERMINE * TERMINE * TERMINE

Hier treffen Sie Astrid Hollmann

Die Kandidatin der SPD für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September treffen Sie unter anderem hier:

- **Freitag, 2. September, 17.00-19.00 Uhr:** Infostand am Arkonaplatz
- **Samstag, 3. September, 10.00-11.00 Uhr:** Infostand in der Luisenstraße (Lidl)
- **Samstag, 3. September, 12.30-14.00 Uhr:** Infostand an der Ackerhalle
- **Dienstag, 6. September, 19.30-**

21.00 Uhr: Gesprächsrunde mit Bundesministerin Manuela Schwesig, Astrid Hollmann und Jan Stöß im Weinmeisterhaus (Weinmeisterstraße 15)

- **Mittwoch, 7. September, 9.00-10.30 Uhr:** Infostand in der Großen Hamburger Straße (Edeka)
 - **Mittwoch, 7. September, 11.00-19.00 Uhr:** Infostand am Nordbahnhof
- Weitere Termine und Informationen:** www.astrid-hollmann.de

TIPPS AUS DER PRAXIS

Sicher vor Einbruch und Diebstahl

Polizeigewerkschafter und Präventionsbeauftragter Steffen Lehbrink erklärt, wie sich Berlinerinnen und Berliner im Kiez selbst schützen können

Von Michael Donnermeyer

Sich frei und ungebunden zu bewegen, Tag und Nacht sicher unterwegs sein zu können – das ist zugleich Grundlage und Ausweis unserer Freiheit. Das setzt voraus, dass niemand Angst haben muss, sondern sich sicher fühlt in jeder Lage: Subjektiv, wenn man den Fuß vor die Tür setzt, und objektiv, wenn die Garantien des Staates für Sicherheit und Freiheit jederzeit eingelöst werden können. Das klingt gut in der Theorie – in der Wirklichkeit ist dieses Gefühl immer wieder bedroht. Das ist das tägliche Geschäft des Präventionsbeauftragten des Polizeiabschnitts 31 in der Brunnenstraße, Steffen Lehbrink.

Der Kriminalhauptkommissar kennt sich gut aus im Kiez; deswegen sind seine Auffassungen getränkt von praktischer Erfahrung, aber auch von seiner inhaltlichen Arbeit als Mitglied der Bundeskommission für kriminalpolizeiliche Angelegenheiten beim Bundesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG im DBB). In dieser Eigenschaft hat *der Rosenthaler* mit ihm gesprochen und deshalb ist es kein Wunder, dass eine Forderung ganz vorne steht, nicht wohlfeil, sondern klar begründet: „Natürlich brauchen wir mehr Personal, und zwar draußen auf der Straße. Dort müssen wir den Druck auf potenzielle Täter ausüben, sichtbar sein, damit gewisse Delikte gar nicht erst geschehen.“

Wer wolle, dass die Aufklärungsquote nach oben gehe, der müsse eben auch in der Ermittlungsarbeit ausreichend Kapazitäten haben. In den letzten ein- und einhalb Jahrzehnten sei viel Personal eingespart worden, das müsse jetzt umgekehrt



Der Polizeiabschnitt 31 in der Brunnenstraße
Foto: Martin Vogt

werden, sagt der Gewerkschafter mit Blick auf den 18. September. „Ich lese die Programme aller Parteien aufmerksam, ich bin gespannt, wie dann die Koalitionsverhandlungen verlaufen.“

Die Sicherheitslage in Mitte sieht Lehbrink differenziert: „Es gibt Unterschiede zwischen Wedding, Moabit, wo wir mehr bzw. anderes zu tun haben als in Alt-Mitte. Den größten Anteil unserer Arbeit machen Eigentumsdelikte aus – zum Beispiel Ein-

Tipps und Service-Angebote der Polizei Berlin zum Schutz vor Einbruch und Diebstahl finden Sie im Internet unter www.berlin.de/polizei/aufgaben/praevention/diebstahl-und-einbruch/artikel.125014.php

brüche und Fahrraddiebstähle.“ Er hat bei den Fahrraddieben ein klares Bild von den Tätergruppen: „Bei den Fahrrädern ist es klar erkennbar: Es gibt die gewerbsmäßigen

Diebe mit professioneller Ausstattung die nach ganz bestimmten Fahrrädern suchen und methodisch vorgehen. Dann gibt es kleinkriminelle Einzeltäter, die das für den Lebensunterhalt machen. Es gibt die Gelegenheitsräuber, es gibt aber auch überraschenderweise nicht wenige, die schlicht vergessen haben, wo sie ihr Zweirad abgestellt haben“, weiß Lehbrink zu berichten – nicht ohne den Hinweis zu geben, dass man auch was gegen Diebstahl tun kann.

„Jeder kann sich schützen, unsere Tipps sind wirklich erprobt: Bei den Fahrrädern gilt immer wieder: Anschließen, nicht nur abschließen – und zwar mit einem guten Schloss. Das kostet zwar 60 Euro aufwärts, aber die ersparen einem dann auch unter Umständen viel Ärger.“ Für den öffentlichen Raum fordert er mehr Fahrradparkhäuser. Die vermindern nicht nur das Parkchaos an viel besuchten Orten, sondern machen es den Dieben auch schwerer, an ihre Beute zu kommen. „Individuell rate ich

auch zur Registrierung durch die Polizei, wir machen das schon viel in Schulen und im Rahmen von Fahrradkodieraktionen, das ist durchaus sinnvoll.“

Auch bei den Wohnungseinbrüchen weiß Lehbrink praktischen Rat: „Sichern Sie Ihre Wohnung durch ein Zusatzschloss, das kostet den Einbrecher so viel Zeit, da lässt er dann die Finger davon. Was nicht in zwei bis drei Minuten zu knacken ist, wird meist nicht angerührt.“ Hier sieht der Kripomann auch die Hausverwaltungen in der Pflicht: Gute Haustüren mit zuverlässigen Schließanlagen, die dann auch immer verschlossen sind, stellen ebenso ein Hindernis dar, dessen Wirksamkeit häufig unterschätzt wird. „Aber auch die Aufmerksamkeit der Hausbewohner ist gefragt. Gute Nachbarschaft schafft Sicherheit.“

Zur viel diskutierten Videoüberwachung hat Lehbrink eine wirklichkeitsgeprägte Einschätzung: „Eine Kamera fängt keine Täter, auf professionelle Einbrecher machen die in der Regel wenig Eindruck. Videoüberwachung kann nur ein Teil polizeilicher Arbeit sein und ist kein Allheilmittel.“ Und auch ansonsten sieht er das Mittel im privaten Einsatz begrenzt: „Sie können das nur schwer auswerten und die gesetzlichen Bestimmungen zu den Löschfristen gehen leider oft an den Möglichkeiten zur Auswertung vorbei. Nicht selten werden Anzeigen erst nach der Löschfrist erstattet. Das ist dann für den Bürger und auch für uns kaum zu bewältigen“, ist Lehbrink da ganz realistisch und baut mehr auf die Verstärkung der passiven Sicherheitsmaßnahmen.

„Schauen Sie auf die Homepage der Polizei. Wenn diese Tipps beherzigt werden, haben wir schon sehr viel vorher verhindert.“

GESAGT UND GEMEINT

“

ÜBERLEGUNGEN, AN DEN GRENZEN AUF WEHRLOSE FLÜCHTLINGE ZU SCHIESSEN, SIND INAKZEPTABEL UND MENSCHENFEINDLICH. PARTEIEN, DIE SO ETWAS ÄUSSERN, SIND KEINE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND.



KARDINAL REINHARD MARX, VORSITZENDER DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ

Foto: Erzbischöfliches Ordinariat München

FAHRRAD-CODIERUNG

Schutz vor Langfingern

Das Fahrrad ist ein beliebtes Fortbewegungsmittel in der Rosenthaler Vorstadt. Umso ärgerlicher ist es, wenn es gestohlen wird. Das ist gar nicht so selten. Berlinweit nehmen Fahrraddiebstähle immer weiter zu. Viele Bürgerinnen und Bürger sind selbst schon Opfer geworden oder kennen jemanden im Freundes- oder Bekanntenkreis, dem das Rad entwendet wurde. Zum Schutz vor Diebstählen rät die Polizei unter anderem zur Codierung. Auch bei uns im Kiez können Sie Ihr Rad codieren lassen.

Der Vorteil: Diebe können das Fahrrad nicht mehr so leicht veräußern, denn der Eigentumsnachweis wird nahezu unmöglich gemacht. Ein codiertes Rad ist also keine attraktive Diebesbeute mehr.

Die Codierung ist individualisiert auf den Eigentümer, ähnlich wie ein Kfz-Kennzeichen. So bedeutet der Code B-270577MM zum Beispiel, dass das Rad dem in Berlin wohnenden Markus Mustermann, der am 27.5.1977 geboren wurde, gehört. Der Code wird ca. 0,2 Millimeter tief in den Rahmen eingefräst, so dass er sich nicht einfach entfernen lässt.

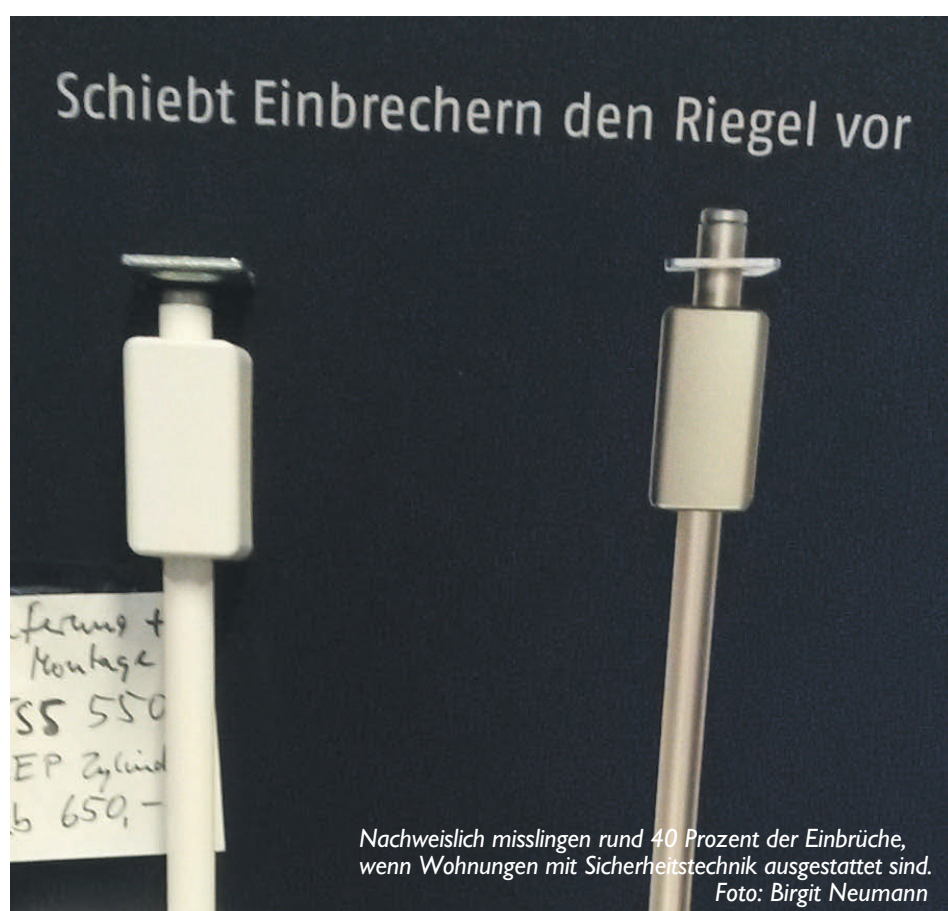
Den Codierungs-Service bietet in unserem Kiez zum Beispiel der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club an: In der Selbsthilfwerkstatt können Sie Ihr Rad jeden Mittwoch von 17:00-19:30 Uhr und jeden Freitag von 17:00-19:00 Uhr in der Brunnenstraße 28, 10435 Berlin codieren. Vorzulegen ist ein Eigentumsnachweis (in der Regel der Kaufvertrag). Die Codierung kostet 10 Euro, für Mitglieder des ADFC 5 Euro.

Wissenswertes zur Fahrrad-Codierung finden Sie online beim adfc-berlin.de/service/selbsthilfwerkstatt.html oder telefonisch unter 030/4484724.

Birgit Neumann

Urlaubszeit = Einbruchszeit?

Bund fördert private Maßnahmen zur Einbruchsicherung



Nachweislich misslingen rund 40 Prozent der Einbrüche, wenn Wohnungen mit Sicherheitstechnik ausgestattet sind.
Foto: Birgit Neumann

Von Dr. Eva Högl, MdB

Gerade jetzt im Sommer sind die Menschen im Urlaub und längere Zeit nicht zuhause. Das macht es Einbrechern häufig leichter – es sei denn, die Wohnungen sind besonders gegen Einbruchdiebstahl geschützt. Doch auch außerhalb der Urlaubszeit macht es Sinn, seine eigenen vier Wände professionell zu sichern. Seit November 2015 fördert der Bund entsprechende Maßnahmen finanziell.

In Großstädten wie Berlin zum Beispiel sind Einbrecher häufig auch tagsüber aktiv, wenn die Menschen bei der Arbeit sind und die Täterinnen und Täter deshalb relativ ungestört zuschlagen können. Neben dem Sachschaden haben die Betroffenen häufig auch mit psychischen Belastungen zu kämpfen.

Deutlich erschweren kann man es ihnen, wenn es um den Zugang zu den eigenen vier Wänden geht: Nachweislich misslingen rund 40 Prozent der Einbrüche, wenn Sicherungseinrichtungen

vorhanden sind. Wenn schon von außen erkennbar ist, dass die Tür mit einem Sicherheitsschloss ausgestattet ist und die Wohnung nicht innerhalb von zwei bis drei Minuten betreten werden kann, versuchen die Einbrecher es erst gar nicht oder brechen den Einbruchversuch ab.

Private Investitionen für Sicherungstechnik werden deshalb seit November 2015 durch das Förderprogramm des Bundes „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ finanziell gefördert. Anspruchsberechtigt sind neben Eigentümerinnen und Eigentümern auch Mieterinnen und Mieter. Das hatte die SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt und kommt so dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen nach.

Das Programm, das zunächst mit jährlich 10 Millionen Euro für die Jahre 2015 bis 2017 ausgestattet wurde, stößt bei den Bürgerinnen und Bürgern auf große Nachfrage. Die Regierungsfaktionen haben deshalb beschlossen, das Programm mit zusätzlichen Haushaltsmitteln auf 50 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Das soll bereits bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2017, die nach der parlamentarischen Sommerpause im September beginnen, gesetzlich verankert werden.

Dabei wird die SPD-Bundestagsfraktion darauf drängen, die Mindestinvestitionssumme von derzeit 2000 Euro herabzusetzen und den Förderprozentsatz auf 20 Prozent anzuheben, damit noch mehr Mieterinnen und Mieter von dem Programm profitieren können.



Der Bund fördert private Maßnahmen mit Mitteln aus dem KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“.
Foto: Birgit Neumann

Informationen zu Programm und Antragstellung finden Sie online unter www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/Einbruchschutz/ oder telefonisch bei der KfW unter der kostenfreien Servicenummer 0800 539 9002.

WAHLEN

Was, wer, wo, wie?

Abgeordnetenhaus, Senat, Regierender Bürgermeister, Bezirksbürgermeister, BVV, Bezirksamt, Landesliste, Bezirksliste, Erststimme, Zweitstimme, Briefwahl – nur eine Auswahl der Stichworte, die für den Wahltag am 18. September wichtig sind. Hier eine kurze Darstellung über alles, was man zur Wahl wissen muss:

WAS?

Gewählt werden am 18. September das Abgeordnetenhaus von Berlin und die 12 Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin. Das Abgeordnetenhaus ist der Landtag von Berlin, denn Berlin ist als Stadtstaat auch ein Bundesland.

Das Abgeordnetenhaus wählt den Regierenden Bürgermeister, er ist im Rang gleich mit den Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer. Nach seiner Wahl ernannt er die Mitglieder seines Senats, so heißt die Landesregierung von Berlin. Sie wird gebildet auf der Basis einer Koalitionsmehrheit, die in Verhandlungen nach den Wahlen gebildet wird.

Die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) sind die Kommunalparlamente in Berlin, also vergleichbar mit dem

Statrat einer unabhängigen Kommune. Jeder der 12 Bezirke von Berlin hat eine BVV und dementsprechend auch 12 Bezirksbürgermeister (klingt etwas bescheiden, gemessen an den Einwohnerzahlen wären sie im Rest des Landes alle Oberbürgermeister von Großstädten). Durch die verwaltungsmäßige Verschränkung mit dem Senat ist ihre Stellung allerdings nicht ganz so wie in anderen Großstädten.

Das Bezirksamt wird in Berlin nicht mittels einer politischen Mehrheit besetzt. Die insgesamt 5 Mitglieder (4 Stadträte plus Bezirksbürgermeister in jedem Bezirk) werden gemäß der Stärke der Parteien in der BVV auf alle Parteien verteilt. In Mitte sind das derzeit je einer von CDU, SPD, Grüne und Linkspartei. Der Bezirksbürgermeister ist der einzige, der aufgrund einer politischen Mehrheit in der BVV durch eine Zählgemeinschaft gewählt wird, in der Regel ein Vertreter der stärksten Partei, in Mitte derzeit Christian Hanke von der SPD.

denen man die Partei wählt. Zurzeit hat das Abgeordnetenhaus 149 Mitglieder. Zu den 78 direkt Gewählten kommen die von den Parteien auf ihren Listen aufgestellten Kandidat*innen. Die Zweitstimme ist also Parteistimme, die Erststimme Personenstimme. In Mitte gibt es insgesamt 7 Abgeordnetenhaus-Wahlkreise (einen mehr als 2011, weil mehr Wahlberechtigte hier wohnen). 2011 hat die SPD vier Direktwahlkreise gewonnen (zwei im Wedding, zwei in Tiergarten, die beiden in Alt-Mitte gingen an die Grünen sowie an die Linkspartei).

Bei der BVV-Wahl gibt es nur eine Stimme, die für eine Liste/Partei abgegeben wird. Die jeweils 55 Abgeordneten werden je nach Stärke der Partei anhand der von den Parteien aufgestellten Listen in die BVV gewählt. 2011 erhielten die SPD 18, die CDU 10, die Grünen 15, die Linkspartei 6 sowie die Piraten 6 Sitze.

gehen und unter Vorlage des Personalausweises oder Reisepasses die Stimme abgeben. Die Adresse findet sich ebenfalls auf der Wahlbenachrichtigung, in Mitte ist das hier:

Wahlamt Mitte, Müllerstraße 146, 13353 Berlin, Telefon: 9018-44510 oder 9018-44515 Telefax: 9018-44505 E-Mail: wahlamt@ba-mitte.berlin.de

WIE?

Zur Wahl erhält man drei Stimmzettel. Zwei davon sind für das Abgeordnetenhaus: ein Stimmzettel für die Erststimmen zur Wahl des/der Direktkandidat*in sowie ein Stimmzettel für die Zweitstimme (Parteistimme) für die Zusammensetzung des gesamten Parlaments. Auf dem dritten Stimmzettel für die BVV muss eine Stimme für eine der dort aufgeführten Parteilisten abgegeben werden.

Man muss seinen Willen deutlich zu erkennen geben, sonst ist die Stimme ungültig. Wer nichts ankreuzt, enthält sich. Das kann man für jeden Stimmzettel verschieden handhaben. Wer Briefwahl macht, muss zusätzlich noch einen Wahlschein ausfüllen und unterschreiben. Dann werden die Stimmzettel in einen eigenen Umschlag gesteckt, damit das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Dieser Umschlag kommt zusammen mit dem Wahlschein in den größeren Wahlbriefumschlag.

Peter Fäßler

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016		
Stimmzettel		
Erststimme, maßgebend für die Wahl einer oder eines Wahlkreisabgeordneten		
Wahlkreisverband: Mitte		bitte einmal so ankreuzen und nach innen zusammenfalten
Wahlkreis Nr.: 1		
1	Hollmann, Astrid Wahlvorschlag Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
2	Henkel, Frank Wahlvorschlag Christlich Demokratische Union Deutschlands	CDU
3	Pop, Ramona Wahlvorschlag Bündnis 90/Die GRÜNEN	GRÜNE
4	Diedrich, Sven Wahlvorschlag DIE LINKE	DIE LINKE
5	Kramm, Bruno Gerd Wahlvorschlag Piratenpartei Deutschland	PIRATEN
7	Dr. Jasper-Winter, Maren Wahlvorschlag Freie Demokratische Partei	FDP
20	Pietz, Eckhard Wahlvorschlag Alternative für Deutschland	AfD

So sehen die Wahlzettel für die kommenden Wahlen am 18. September in Mitte aus.
Fotos: Die Landeswahlleiterin für Berlin

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016		
Stimmzettel		
Zweitstimme, Wahl einer Bezirks- oder Landesliste maßgebend für die Verteilung der Gesamtzahl der Sitze auf die Parteien		
Wahlkreisverband: Mitte		bitte einmal so ankreuzen und nach innen zusammenfalten
Wahlkreisverband: Mitte		
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Wesend, Ralf Wildehain-Lauterbach, Bruni und andere	SPD
2	Christlich Demokratische Union Deutschlands Henkel, Frank Rasmann, Sven und andere	CDU
3	Bündnis 90/Die GRÜNEN Pop, Ramona Kopke, Anja und andere	GRÜNE
4	DIE LINKE Dr. Leberer, Klaus Lompecher, Katrin und andere	DIE LINKE
5	Piratenpartei Deutschland Kramm, Bruno Gerd Dr. Schmidt, Franz Josef und andere	PIRATEN
6	Nationaldemokratische Partei Deutschlands Schmidt, Sebastian Völgt, Udo und andere	NPD
7	Freie Demokratische Partei Dr. Jasper-Winter, Maren Dr. Stuchey, Tim und andere	FDP
8	PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ Kalka, Arno Stoffels, Anja und andere	Tierschutzpartei
9	Bürgerbewegung pro Deutschland Rohde, Manfred Cichon, Günter und andere	pro Deutschland
10	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative Düster, Maximilian Seifried, Nico und andere	Die PARTEI
12	Deutsche Kommunistische Partei Kochmeister, Dietmar Kryszewski, Lena und andere	DKP
14	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale Rippert, Ulrich Vandenberg, Christoph und andere	PSG
15	Bürgerrechtsbewegung Solidarität Tolksdorf, Stefan Dobler, Kai-Uwe und andere	BüSo
18	Allianz für Fortschritt und Aufbruch Dr. Schmidt, Christian Krisp, Martin und andere	ALFA
20	Alternative für Deutschland Paderaki, Georg Wolpert, Karsten und andere	AfD
22	Die Violettten – für spirituelle Politik Fender, Christian Brych, Simon und andere	DIE VIOLETTEN
23	Graue Panther Schulz, Michael Harder, Thomas und andere	Graue Panther
26	Partei für Gesundheitsforschung Werth, Felix Dr. Gabel, Nadine und andere	Gesundheitsforschung

Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung am 18. September 2016		
Stimmzettel		
für die Wahl der Bezirksverordneten		
im Bezirk Mitte von Berlin		bitte einmal so ankreuzen und nach innen zusammenfalten
im Bezirk Mitte von Berlin		
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Hänske, Christian Smentek, Sabina Rehag, Sandra und andere	SPD
2	Christlich Demokratische Union Deutschlands Spallek, Carsten Pfeifer, Sebastian Cegla, Sandra und andere	CDU
3	Bündnis 90/Die GRÜNEN Waller, Sabina von Dassel, Stephan Briest, Franziska und andere	GRÜNE
4	DIE LINKE Diedrich, Sven Meyer, Katharina Schneider, Petra und andere	DIE LINKE
5	Piratenpartei Deutschland Freitag, Alexander Könrad, Michael Priest, William und andere	PIRATEN
7	Freie Demokratische Partei Hewener, Felix Dietzsch, Josephine Reif, Beatrix und andere	FDP
9	Bürgerbewegung pro Deutschland Koch, Marina Medewald, Martin Wildehain, Günter und andere	pro Deutschland
14	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale Bastian, Evdika Niklaus, Andreas	PSG
20	Alternative für Deutschland Kreier, Sören Mickley, Jürgen Pietz, Eckhard und andere	AfD
22	Die Violettten – für spirituelle Politik Fender, Christian Brych, Simon Häber, Florian und andere	DIE VIOLETTEN

GESAGT UND GEMEINT



WELTOFFENHEIT, TOLERANZ UND AKZEPTANZ UNTERSCHIEDLICHER LEBENSENTWÜRFE SIND GRUNDLAGE FÜR EIN FREIES UND FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN IN UNSERER STADT.



MICHAEL MÜLLER, REGIERENDER BÜRGERMEISTER

Foto: SPD Berlin

Aufmachen!

Kommendes Jahr sollen alle Geheimdienstler in den Neubau des Bundesnachrichtendienstes einbezogen sein. Da die 2006 gestarteten Bauarbeiten sichtlich beendet sind, gibt es keinen Grund mehr, die Ida-von-Armin-Straße weiter gesperrt zu halten.

„Mindestens für Fußgänger und Rollstuhlfahrer sollte die Straße wieder geöffnet werden, damit diese ohne Umwege den U-Bahnhof Schwartzkopffstraße erreichen können“, fordert Vera Morgenstern (SPD), Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Die BVV hat auf Antrag der SPD die Forderung beschlossen. Zuständig ist das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, das die Bauarbeiten im Auftrag des Bundes durchführt.

Es gebe keinen Grund mehr, den Anwohnern die Umwege zuzumuten, so Morgenstern. Dies gelte umso mehr, da sich allein in der Scharnhorststraße fünf Alten- und Behinderteneinrichtungen befinden.

Michael Donnermeyer

WER?

Gewählt werden die Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Es hat mindestens 130 Mitglieder, von denen 78 direkt gewählte Kandidat*innen sind. Sie stammen aus den 78 Wahlkreisen in Berlin. Hier ist immer derjenige gewählt, der die meisten Erststimmen im Wahlkreis erhält.

Die übrigen Mitglieder ergeben sich aus der Verteilung der Zweitstimmen, mit

WO?

Das Stimmrecht wird dort abgegeben, wo man wohnt. Dazu werden die einzelnen Wahlkreise in Stimmbezirke eingeteilt. Auf den Wahlbenachrichtigungen, die bereits verschickt worden sind, findet man die Adresse des Wahllokals in fußläufiger Nähe zur Wohnung.

Wer nicht persönlich wählen will, kann entweder Briefwahlunterlagen beantragen (Antrag liegt der Wahlbenachrichtigung bei) oder schon jetzt ins Wahlamt

Schritttempo am Arkonaplatz

Das Bezirksamt hat gehandelt: Ab sofort müssen Autofahrer vor der Grundschule auf die Bremse treten



Jahrelang haben sich Eltern und Schulleitung für die Verkehrsberuhigung eingesetzt, nun hat das Bezirksamt reagiert. Ab sofort bremsen Speed-Bumps Raser aus. Die riesigen Spielstraßen-Schilder weisen darauf hin, dass am Arkonaplatz Schrittgeschwindigkeit gilt. Foto: Birgit Neumann

Endlich mehr Sicherheit für die Grund 450 Schülerinnen und Schüler der Grundschule am Arkonaplatz: Nach jahrelangem Engagement von Schulleitung und Eltern hat das Bezirksamt so genannte Speed-Bumps als Bremsschwellen und riesige Spielstraßen-Schilder dauerhaft auf der Straßenoberfläche vor der Schule installieren lassen.

Mit der verkehrsberuhigenden Maßnahme wurde eine Idee der Kiez-Initiative „Über-Gang“ aufgegriffen. Unterstützt wurde das Vorhaben von der SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung, die das Bezirksamt

mit einem formalen Antrag zum Handeln aufgefordert hatte (*der Rosenthaler* berichtete darüber in seiner letzten Ausgabe).

Viele Autos brausen mit überhöhter Geschwindigkeit durch die Ruppiner Straße, obwohl diese bereits als Spielstraße deklariert ist. Damit dürfte jetzt Schluss sein: Im August wurden die geschwindigkeitshemmenden Maßnahmen dauerhaft installiert. An zwei Stellen der Ruppiner Straße wurden so genannte Speed-Bumps installiert, so dass Fahrzeuge nach dem Einbiegen in den Straßenabschnitt vor der Grundschule abbremmen müssen. Außerdem

wurden überdimensional große Spielzeugstraßen-Schilder direkt und dauerhaft auf die Straße gemalt. Diese Markierung weist für alle Verkehrsteilnehmer unübersehbar darauf hin, dass hier nur mit Schrittgeschwindigkeit gefahren werden darf.

Auf die Wirkung von Straßenmarkierungen hatte die Initiative „Über-Gang“ eindrucksvoll mit ihrer Aktion anlässlich der 150-Jahr-Feier der Schule hingewiesen. Damals wurde die Straße ebenfalls im Rahmen einer Kunstaktion bemalt, was die Autofahrer dazu brachte, langsamer zu fahren.

Birgit Neumann

Fahrservice kostenlos

Anmeldungen bis zum 15.09. unter 030 4692 130 oder an kreis.mitte@spd.de

Wir bringen Sie am 18.09. ins Wahllokal!